

Temporäre Layoffs – das kurzfristige Aussetzen von Arbeitsverhältnissen – spielen eine bedeutende Rolle in Österreich

Die kurzfristige Unterbrechung von Beschäftigungsverhältnissen ist in Österreich eine in vielen Betrieben gängige Praxis. 6,5% des Jahresdurchschnittsbestandes an Beschäftigungsverhältnissen sind betroffen, mit leicht steigender Tendenz. Diese Strategie kann zur Abfederung branchenspezifischer Saisonschwankungen oder auch zum Ausgleich konjunkturbedingter Veränderungen des Arbeitskräftebedarfs eingesetzt werden. Die freigesetzten Arbeitskräfte sind während der Unterbrechung häufig arbeitslos und beziehen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Dadurch können Betriebe ihre Personalkosten sehr flexibel anpassen, verursachen aber Arbeitslosigkeit und damit eine beachtliche Belastung der öffentlichen Hand.

Unternehmen setzen unterschiedliche Flexibilisierungsstrategien ein, um betriebsinternen Schwankungen des Arbeitskräftebedarfs möglichst kostengünstig zu begegnen. Dazu zählen flexible Arbeitszeitmodelle und leistungsabhängige Entlohnung ebenso wie Anpassungen des Personalbestandes durch Einstellungen und Entlassungen, Outsourcing oder auch die Nutzung von befristeter Beschäftigung und Leiharbeit. Eine Flexibilisierungsstrategie wurde bisher im politischen Diskurs und in der empirischen Forschung weitgehend ausgeklammert: die vorübergehende Kündigung ("Layoff") und anschließende Wiedereinstellung von Beschäftigten durch denselben Arbeitgeber ("Recall") – kurz "temporäre Layoffs".

Um kurzfristige Nachfrageschwankungen abzufedern, kündigen viele Betriebe in Zeiten geringer Auslastung einen Teil ihrer Belegschaft – häufig mit einer Wiedereinstellungszusage – und stellen dieselben Personen bei verbesserter Auftragslage wieder ein. Dadurch sparen sie in Phasen schwachen Wachstums Personalkosten. Die während der Arbeitslosigkeit von den freigesetzten Arbeitskräften bezogenen Existenzsicherungsleistungen könnten oftmals als impliziter Bestandteil des vereinbarten Lohnes aufgefasst werden. Sobald sich der Arbeitskräftebedarf wieder erhöht, können die Betriebe auf bewährte, bereits betriebspezifisch qualifizierte Arbeitskräfte zurückgreifen. Sie vermeiden durch temporäre Layoffs die üblicherweise mit einer Beschäftigungsbeendigung verbundenen Nachteile wie den Verlust betriebspezifischen Humankapitals und die Kosten einer Neueinstellung (etwa von Personalsuche, Personalauswahl und Einschulung).

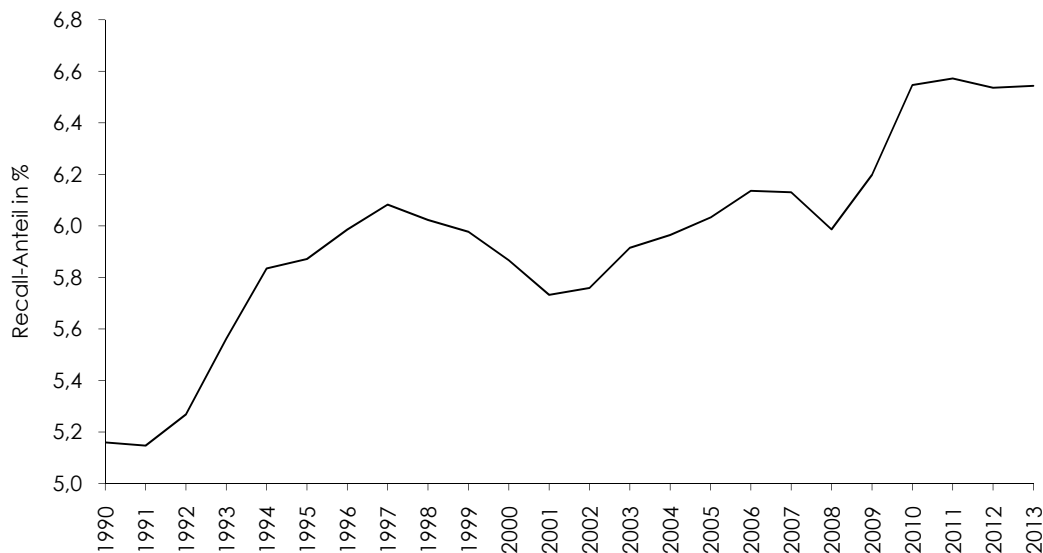
Diese Praxis hat über die betroffenen Betriebe und Arbeitskräfte hinaus Konsequenzen für die Systeme der sozialen Sicherheit, da die freigesetzten Arbeitskräfte zu einem großen Teil während der Beschäftigungsunterbrechung arbeitslos vorgemerkt sind und Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehen. Temporäre Layoffs bedeuten folglich eine vorübergehende Verlagerung von Auslastungsrisiken auf die betroffenen Arbeitskräfte und von Teilen der Per-

sonalkosten auf die öffentliche Hand. Diskontinuierliche Erwerbsverläufe und zusätzliche Ausgaben des sozialen Sicherungssystems sind die Folge.

Eine aktuelle Untersuchung des WIFO zeigt auf, dass temporäre Layoffs in Österreich eine bedeutende Rolle spielen. Im Jahr 2013 waren 11,8% aller Neueinstellungen Wiedereinstellungen von temporär Arbeitslosen bei demselben Arbeitgeber innerhalb einer Zeitspanne von einem halben Jahr. 6,5% des Jahresdurchschnittsbestandes an Beschäftigungsverhältnissen entfielen auf Arbeitskräfte, deren Beschäftigungsverhältnisse kurzfristige Unterbrechungen ("Recalls") aufwiesen. Die registrierte Arbeitslosigkeit während temporärer Layoffs erreichte – unter Berücksichtigung von Wiedereinstellungen innerhalb eines halben Jahres – etwa 12,7 Mio. Tage und trug damit ein Achtel zur registrierten Gesamtarbeitslosigkeit bei. Dies war mit Kosten von rund 360 Mio. € für Existenzsicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung verbunden.

Rund die Hälfte der Recalls entfallen auf Bauwirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft – Bereiche, die stark durch saison- bzw. wetterabhängige Schwankungen der Beschäftigung geprägt sind. Temporäre Layoffs sind aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen zu beobachten. So ist z. B. in der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften jedes achte Beschäftigungsverhältnis ein Recall. Auf die Warenherstellung entfielen im Jahr 2013 6,2%, auf den Handel 5,2%, auf Verkehr und Lagerei 5,1% und auf den Bereich "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung" 3,7% aller Wiedereinstellungen.

Abbildung 1: Recall-Anteil am Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigungsverhältnisse



Q: WIFO INDI-DV auf Basis von Daten des AMS und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Innerhalb der Branchen ist das Ausmaß der Verwendung temporärer Layoffs sehr unterschiedlich. Betriebe, die über hohen Beschäftigungsumschlag viel Arbeitslosigkeit herbeiführen, verursachen die gleiche Beitragslast zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung wie

Betriebe, die hohe Beschäftigungsstabilität bieten und dadurch wenig Arbeitslosigkeit verursachen. Ein Ausbau von Elementen des Experience Rating in der Arbeitslosenversicherung könnte zur Internalisierung der vom Arbeitslosenversicherungssystem getragenen Kosten beitragen und somit den Anreiz verringern, das System der Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung kurzfristiger Auslastungsschwankungen zu missbrauchen. Ziel sollte dabei sein, stärkere Anreize zu einer kontinuierlichen Beschäftigung von Arbeitskräften zu setzen, ohne die notwendige Reallokation auf dem Arbeitsmarkt zu behindern.

Wien, am 20. Jänner 2016

Rückfragen bitte am Donnerstag, dem 21. Jänner 2016, zwischen 9:00 und 17:00 Uhr, an Dr. Rainer Eppel, Tel. (1) 798 26 01/217, Rainer.Eppel@wifo.ac.at, Dr. Helmut Mahringer, Tel. (1) 798 26 01/405, Helmut.Mahringer@wifo.ac.at.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 12/2015 (<http://monatsberichte.wifo.ac.at/58564>, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58565>, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58566>).